

ePS Siegen setzt Sanierung um

Die Geschäftsleitung der ePS electronic Products&Systems GmbH mit Sitz in Siegen setzt zum Befreiungsschlag an. Aufgrund der in der Krisenzeit angespannten Liquiditätssituation kann das aktuelle Umsatzwachstum nicht mehr finanziert werden. Um den Geschäftsbetrieb auch langfristig für Kunden und Mitarbeiter verlässlich fortsetzen zu können, wird eine Eigensanierung im Rahmen eines sogenannten Insolvenzplanverfahrens angestrebt.

Einer der deutschen Marktführer im Bereich Elektronikbestückung, die Siegener ePS *electronic Products&Systems GmbH*, geht den Weg einer Sanierung mittels Insolvenz. Wie der Geschäftsführer Burkhard Otterbach bekannt gab, hat das Unternehmen mit rund 70 Mitarbeitern am 25.10.2010 beim Amtsgericht Siegen wegen drohender Zahlungsunfähigkeit einen Insolvenzantrag gestellt.

Das Amtsgericht Siegen hat Rechtsanwalt Andreas Pantlen aus der auf Insolvenzrecht spezialisierten Kanzlei Wellensiek zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt.

Der Grund für die Schieflage des Unternehmens: Nach einem durch die Wirtschaftskrise eingetretenen Umsatzeinbruch, reicht beim derzeitigen Konjunkturaufschwung das Geld nicht aus, um die finanziellen Altlasten auszugleichen und gleichzeitig das zusätzliche Auftragsvolumen zu stemmen.

Pantlen wird gemeinsam mit der Geschäftsführung, die von perspektiv GmbH beraten wird, kurzfristig einen Insolvenzplan erarbeiten und bei Gericht einreichen. Diese Sanierungsmethode bietet gegenüber der herkömmlichen Regelinsolvenz mehr Möglichkeiten, auf die individuelle Situation des Unternehmens einzugehen und möglichst viele Jobs zu retten und den Geschäftsbetrieb ohne spürbare Veränderungen für Kunden und Lieferanten fortzuführen. Entsprechend hoch sind die Rettungschancen: Erfolgreiche Beispiele sind der Automobilzuliefer Parat, der Maschinenbauer Babcock Borsig, die Drogeriekette Ihr Platz und die Modehandelskette SinnLeffers.

Die Beteiligten rechnen mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens spätestens Ende dieses Jahres. Bis dahin sind die Löhne und Gehälter durch das von der zuständigen Agentur für Arbeit gezahlte sog. Insolvenzgeld vollumfänglich gesichert. Die Geschäftsführung geht davon aus, das Verfahren spätestens Mitte des nächsten Jahres abschließen zu können – mit den gleichen Mitarbeitern und ohne großen Personalabbau. Kunden und Lieferanten haben demnach bereits Bereitschaft zur Unterstützung signalisiert.